Buchführung
3—4 Stunden erlernbar
nach dem von mir selbst
herausgegebenen Geschäfts-
buch. Inhalt: Vollst. Steuer-
erklärung mit bes. Berück-
sichtigung der Umsatzsteuer.
Hierzu empfehle ich mein
Buchungsgeschäftsbuch für
Landwirte, Gastwirte, Bäcker,
Kaufmannsgeschäfte, Schneider
usw. usw. Ständig großes
Lager in Geschäftsbüchern.
J. Krimmelbein 201
Selbst. Abtlg. Kaufm. Büro
Tel. 431 Markt 2 Tel. 431

Mehrere tüchtige 140
Ketten-schmiede
welche in den Stärken von
16—26 mm arbeiten, für
dauernde Beschäftigung ges.
Gebr. Heimann
Ergste i. W.

Suche per sofort ein
tüchtiges 136
Mädchen.
Frau Otto Wilkes.

Junges ehrl.
Mädchen
nicht Morgen- oder Tages-
stelle. 143
Zu erfr.
Schmidt. Hagenerstr. 4

Morgenmädchen
gegen Lohn u. Mittag-
essen gesucht. 141
Wo, sagt die Geschst.

Morgenmädchen oder Frau
für sofort od. später gesucht.
142 Moltkestr. 39 I.

Evangelisches
Lehrfräulein
für den Laden aus
achtbarer Familie mit
guten Schulzeugnissen,
desgleichen
Lehrling
für das Kontor gesucht.
Carl Braus
Schwerte (Ruhr).

Klavier-
u. Harmonium-Stimmer
und -Reparateur
Osterhold
früher langjähriger Konzert-
meister, hält sich bestens
empfohlen. 8350
Piano-Handlung
Iserlohn.
Meldungen Hotel Sternberg
erbeten. Fernruf 46

Pianos.
Stimmen, Reparaturen,
Aufpolieren, Intonieren
führt bestens aus 85
Klavierbauer
P. Gendrong
Schwerte, Brückstr. 9.
Habe früher bei erstklassigen
Firmen, wie: Ibach Sohn'
Barmen, Mand, Coblenz,
usw. gearbeitet.
Ankauf von alten Instru-
menten.

Empfehle
franz. Chateaux Rotwein
sowie
deutschen Rotwein
ferner
Rhein- und Moselweine.
Raffin
Gasthof „Zur Helle".

Geld auch größ. Beträge
verleihen schnell und
kulant H. Blume & Co.,
Hamburg 24. 9086

Schwerter Zeitung

Die „Schwerter Zeitung" erscheint täglich außer Feiertags. Bezugspreis monatlich 3,0 Mk., bei der Post 3,10 Mk., ohne Bestellgeld. Anzeigenpreis: Die 8 gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 50 Pfg. — Jeder Rabatt gilt als Kassen-Rabatt und erlischt bei Konkursen, Zwangsvergleichen, gerichtlichen Klagen und Nichtbeachten der gemachten Zahlungsbedingungen.

Verbunden mit: Schwerter Tageblatt und Anzeiger, Schwerter Volkszeitung, Schwerter Volksblatt

Amtliches Kreisblatt für den Kreis Hörde.

Westhofener Zeitung, Aplerbecker Zeitung, Langscheder Zeitung, Holzwickeder Zeitung

Die „Schwerter Zeitung" gewährt ihren Abonnenten für jeden mit Tod endenden Unfall gemäß ihren Bedingungen **300 Mark Unfall.**

Druck u. Verlag v. Carl Braus, Schwerte (Ruhr). Fernsprecher 63. Postscheckkonto 2222 Elbf.

Erstes und ältestes Tagesorgan des Kreises. — Generalanzeiger für den Kreis Hörde.
Haupt-Annoncenblatt.

Nr. 6. **Donnerstag, den 8. Januar 1920.** **53. Jahrgang.**

Die russischen Dokumente.

Die auf dem Umwege über Paris veröffentlichten Papiere über die Friedensbedingungen, die Zar Nikolaus von Rußland im Herbst 1914, also zu einer Zeit, wo er selbst nur schwere Niederlagen seiner Truppen zu verzeichnen hatte, für Deutschland und Oesterreich-Ungarn aufstellte, sowie die Veröffentlichung der Briefe des Deutschen Kaisers an den russischen Selbstherrscher geben weitere höchst interessante Beiträge zur Zeitgeschichte. Wenn sie an sich auch nichts Neues bringen, so bestätigen sie doch abermals, daß die Schuld für den Weltbrand nicht in Berlin zu suchen war, daß im Gegenteil der deutsche Kaiser in bis zur Schwäche gehenden Ausdrücken sich um die Freundschaft des Zarenreiches bemühte, obwohl er sich doch gegen die Tatsache nicht verschließen konnte, daß Rußland durch sein Bündnis mit Frankreich an dieses gebunden war. Kaiser Wilhelm hat sich der Illusion hingegeben, daß er die ausländischen Monarchen bestimmen könne, zusammen mit ihm eine gemeinsame Friedenspolitik zu treiben, die mächtiger sein sollte, als die Politik ihrer Minister. Immer hat der Kaiser versäumt, für die guten Dienste, die er anbot, bestimmte Gegenforderungen im Interesse Deutschlands zu stellen. Daher die grenzenlosen Enttäuschungen, die er mit dem Zaren und mit den Königen von Italien, Belgien, Rumänien erlebt hat. Bezüglich Englands ist sich der Kaiser wohl klarer gewesen, aber er hat sich doch auch hier der Erwartung wenigstens zeitweise hingegeben, daß der König von England seinen Ministern Befehle über die britische Politik geben könnte, eine Annahme, an deren Verwirklichung selbstverständlich nicht zu denken war. Der letzte deutsche Kaiser war in hohem Grade Pazifist und Optimist, aber kein Realpolitiker, wie ihn die Zeit verlangte.

Wie man sich in Berlin noch im Juli 1914 über die Schlagfertigkeit Rußlands täuschte, so bestand auch keine Klarheit über die letzten Ziele der russischen Politik. Wenn man die Friedensbedingungen des Zaren aus dem Herbst 1914 liest, so ist es geradezu unbegreiflich, wie die deutsche Reichsregierung bis zum Kriegsausbruch dem östlichen Nachbarn ihr Vertrauen bewahren oder sich doch wenigstens in Liebenswürdigkeiten überbieten konnte. Warum wurde der Zarenbesuch in Berlin im Frühling 1913 nicht als ein Ereignis gefeiert, warum reiste Bethmann-Hollweg nicht lange vorher nach Petersburg und Moskau, und wurde die russische Abordnung zur Völkerschlachtfeier in Leipzig mit Auszeichnungen überschüttet? Hatte man denn in Berlin gar keine Ahnung, daß der Zar nicht nur Oesterreichs Zertrümmerung, sondern auch Deutschlands Erniedrigung wollte? Nach den Friedensbedingungen von 1914 verlangte Rußland von Deutschland das ganze ehemalige Polen, dazu den größten Teil von Ostpreußen, für Dänemark Schleswig, für Frankreich außer Elsaß-Lothringen Teile des Rheinlandes und nahm die Bildung eines neuen hannoverschen Staates in Aussicht. Solche Kriegsziele werden doch nicht von heute auf morgen gefaßt, sie sind die Folge jahrelanger Vorbereitungen. Und diese Vorbereitungen hat Rußland getroffen, obwohl der deutsche Kaiser den Zaren Nikolaus in seinen Briefen „liebster Nikki" angeredet und gewiß ebenso gedacht hatte, wie es dieser Anrede entsprach. Wenn man in Deutschland nur eine Ahnung gehabt hätte, was das Ausland mit uns beabsichtigte. Freilich, die russische Beutepolitik ging soweit, daß 1914 noch der französische Minister des Auswärtigen in Petersburg anfragte, ob man dort mit der Zerstörung des deutschen Reiches einverstanden sei. Der letzte deutsche Kaiser hat von sich und seinen Gedanken über das unantastbare Gottesgnadentum auf die Empfindungen anderer Monarchen geschlossen, und das war ein verhängnisvoller Irrtum. Der Zar sah sich zwar als Selbstherrscher von Gottes Gnaden an, aber das hinderte ihn nicht im geringsten, Plänen zuzustimmen, welche seinen Bruder und Vetter von Gottes Gnaden vom deutschen Thron stürzen sollten. Vielleicht ist es die grundverschiedene Auffassung über Monarchen- und Realpolitik, die den wichtigsten Anlaß zur Entzweiung Kaiser Wilhelms und Bismarcks gegeben haben und in seinen „Gedanken und Erinnerungen" wäre darüber sicherlich mancherlei zu lesen gewesen.

—oo0oo—

Zum Verrat Kaiser Karls.

WTB Wien, 7. Jan. Ueber die durch Kaiser Karl im Jahre 1917 unternommenen Schritte zur Herbeiführung des Friedens schreibt das „Deutsche Volksbl.": Wenn wir auch alle mildernden Umstände, welche für den Kaiser als Oberhaupt eines aus verschiedenen Nationen gemischten Staates würdigen, so war er doch auch der Herrscher eines deutschen Volksstammes. Daraus allein schon ergibt sich zwingend, daß es ausgeschlossen ist, daß er jemals wieder als Fürst an die Spitze eines deutschen Stammes treten könnte. Wir halten uns zu dieser Feststellung für um so mehr verpflichtet, als man die deutschen Katholiken mit Plänen in Verbindung bringt, mit denen wir nicht nur als Deutsche, sondern gerade aus unserem katholischen Gewissen heraus, welches eine Wahl zwischen Treue und eigenem Vorteil nicht kennt, nichts zu tun haben wollen.

—oo0oo—

Die Kriegsgefangenenfrage im Spiegel des Auslands.

Allmählich verbreitet sich im neutralen Auslande immer mehr die Ueberzeugung, welch großes und barbarisches Unrecht dem deutschen Volke durch die widerrechtliche Zurückhaltung der Gefangenen in Frankreich angetan wird. Erfreuliche Anzeichen zeigen sich schon allenthalben. Der schwedische Forscher Sven Hedin erließ einen vor Entrüstung flammenden Aufruf. In einem dem Obersten Rates in Paris zugestellten Protest verlangt der „Internationale christliche Arbeiterbund" in Zürich namens aller christlichen Arbeiterverbände die sofortige bedingungslose Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen und nennt die ganze Angelegenheit wörtlich: „Einzig dastehend in der Geschichte der zivilisierten Völker, einen Schandfleck für unsere Zeit und ein Verbrechen gegen die elementarsten Begriffe von Recht und Gerechtigkeit." — Im „Dagbladet" schreibt der schwedische Journalist Thorsteinsson: „Das deutsche Volk hat wahrhaftig in den letzten Jahren so schwere Prüfungen durchgemacht, wie vielleicht kein Volk in der Geschichte in einer so kurzen Zeit. Soll es aber mit dem Leiden gar kein Ende nehmen? Oder wird die Geduld eines Tages reißen, so daß sich die öffentliche Meinung in den neutralen Ländern einstimmig dieser Willkür widersetzt? Schon lange hätte jeder, der einen Funken von menschlichem Gefühl noch in sich hat, sagen müssen: Die Heimsendung der Kriegsgefangenen darf nicht als Druck dafür benutzt werden, von den Besiegten noch weitere materielle und moralische „Zugeständisse" zu erlangen. Alle anständigen Menschen werden ihr Mitgefühl nicht versagen können. Die Angelegenheit hat sich schon lange über alle Grenzen moralischer Würdigung entwickelt. Finden die Franzosen nicht, daß genug von diesen Zwangsarbeiten getan worden ist? Es ist ganz gewiß eine billige Arbeitskraft für Frankreich, sie ist aber um so teurer für die Menschen selbst, für ihre Frauen, Kinder, Eltern und Verwandte und für alle ihre Landsleute. Die Franzosen haben sich außerdem durch das Friedenstraktat diese billige Arbeitskraft unter anderen Formen für die Zukunft gesichert und diese Arbeitskraft ist noch billiger, da sie nicht in dem Grade das moralische Ansehen Frankreichs schändet." Und das norwegische „Stavanger Aftenblad" äußert sich voller Abscheu: „Clemenceaus Trumpf gegen Deutschland besteht in den Kriegsgefangenen. Millionen von Deutschen sehnen sich nach diesen — alle diejenigen, die auf Grund der Gefangenschaft des Vaters ein Jahr extra ohne Versorger und Schutz dastehen. Haben denn die Alliierten nicht soviel Machtmittel Deutschland gegenüber, daß sie unterlassen könnten, die unglücklichen Kriegsgefangenen zu mißbrauchen? Die Antwort ist wohl die, daß hinsichtlich der Gefangenen Frankreich ohne größere Verhandlungen mit den Alliierten auftreten kann, was leichter ist als irgend ein anderes Mittel, das Verhandlungen voraussetzt und wo Einigkeit schwer zu erreichen ist. Aber so umgeht auch Frankreich den Friedensvertrag in einer Art und Weise, die es nicht besser hinstellt, als Deutschland mit den Deportationen aus Belgien. Die Gefangenschaft der Juden in Babylon hat Jahrtausende nach Babylons Fall in der Geschichte weitergelebt. Mitten im modernen Europa wiederholt sich die Geschichte; aber nicht zwischen dem Tigris, sondern zwischen der Aisne und der Marne lebt heute eine halbe Million in Gefangenschaft."

—oo0oo—

General Groener über Schlieffens Plan.

General Groener veröffentlicht am Todestage des Generalfeldmarschalls von Schlieffen am 4. Januar im neuesten Heft der Deutschen Revue ein Gedenkwort, in welchem er das „Siegesrezept des toten Schlieffen" gegen die Angriffe des Großadmirals von Tirpitz und anderer verteidigt. Der Krieg ist nach seiner Ansicht deshalb verloren worden, weil der Schlieffensche Plan nicht befolgt wurde. General Groener sagt zur Begründung unter anderem: „Gerade weil Graf Schlieffen die Bedeutung Englands im Zweifrontenkrieg frühzeitig und klar erkannt hatte, kam er um so nachdrücklicher und drängender immer wieder auf die Mahnung zurück: Macht mir nur den rechten Flügel stark! Nur wenn sein Plan in der Tat ausgeführt wurde, nur wenn auf jede Schwächung des rechten Flügels zugunsten anderer Aufgaben, z. B. lediglich zum Schutze deutschen Bodens ohne operative Notwendigkeit, verzichtet wurde, wenn einzig und allein der große operative Gedanke für die Truppenverwendung maßgebend blieb, konnte man auf dem rechten Flügel so stark sein, daß wir nicht nur den mit aller Wahrscheinlichkeit vorauszusehenden Lagen, sondern auch den nicht erwarteten Zufälligkeiten des Krieges gewachsen blieben. In der weiteren Durchführung lief der Schlieffensche Plan, dessen Einfachheit, Folgerichtigkeit und Kühnheit gleich bewundernswert sind, darauf hinaus, die französische Kanalküste in der Hand zu bekommen, um sich mit dem deutschen Heer wie ein mächtiger Keil zwischen die Franzosen und die englische Hilfe zu schieben und die Verbindungen zwischen dem Inselreich und dem französischen Festland möglichst weit längs der Küste nach Süden ausgreifend zu unterbrechen. Gelang der Plan, so war nicht nur das französische Heer vernichtend geschlagen, Paris in kurzer Zeit gefallen, sondern ganz Frankreich derart niedergeworfen, daß es auf die Wiederherstellung der Lage durch die englische Hilfe nicht rechnen konnte, da diese, soweit sie nicht schon vorher unschädlich gemacht, für lange Zeit nur in geringem Maße über die südfranzösischen Häfen möglich blieb."

—oo0oo—

Der Lebensnerv Englands bedroht?

Es ist ein Kennzeichen der englischen Zeitungsstrategie, daß man eventuelle Gefahren für das britische Weltreich in Blättern wie der „Times" und ähnlichen Schlages wie auf Kommando plötzlich ins maßlose übertreibt, damit entweder die Regierung bei den zu treffenden Maßnahmen der öffentlichen Meinung der Welt gegenüber ein leichteres Spiel hat, oder aber zu einem echt englischen brutalen Vorgehen aufgestachelt wird. Aus diesem Gesichtspunkt heraus dürften wohl auch die Sensationsmeldungen zu beurteilen sein, die von der englischen Presse und den britischen Agenturen in der letzten Zeit über den „roten Dormarsch" nach Indien verbreitet werden. Wenn man nach ihnen urteilen sollte, dann wäre ganz Zentralasien bereits heute dem Bolschewismus verfallen, und dann würde dieser morgen schon an die Pforten Indiens pochen. Nun muß zugegeben werden, daß der Bolschewismus bei der Aussichtslosigkeit, zurzeit nach Westen Boden zu gewinnen, im Osten neue Anhängsgelgebiete zu gewinnen sucht, und daß er dabei besonders auf seinen spezifischen Charakter als politische Religion bei den für religiöse Tendenzen sehr zugänglichen asiatischen Völkern rechnet. Es käme ihm dabei ja auch der vielfach leidenschaftliche Haß gegen die englischen Unterdrücker in entscheidender Weise zu Gute. Und wenn man sich die Vorgänge vor Augen führt, die zurzeit in Aegypten an der Tagesordnung sind, wenn man weiter bedenkt, welch aufrührerischen Eindruck die Haltung Englands gegen den ersten Kalifen des Mohammedanismus auf die Gläubigen der mohammedanischen Welt machen muß, dann wird man allerdings begreifen, daß die englische Presse in Sorgen schwebt. Es dürfte also in der Tat zutreffen, daß die erwähnten Alarmmeldungen darauf abzielen, für ganz bestimmte Sicherungsmaßnahmen mehr oder weniger angenehmer Art gleichsam den Boden zu bereiten, damit sie nachher nicht böses Blut machen, und diese Vermutung wird durch den Umstand noch bestätigt, daß derartige eventuelle Maßregeln zum Schutze Indiens, dem wertvollsten Juwel der englischen Kaiserkrone, ausschließlich auf Kosten jener starken Selbständigkeitsbewegung gehen müßten, die in letzter Zeit in Indien auf Grund des Selbstbestimmungsrechts größere politische Freiheit für das indische Volk anstrebte. Auch wenn also England sich den Anschein gibt, in erster Linie gegen den Bolschewismus, also im Interesse der ganzen nichtbolschewistischen Welt vorzugehen, wird man doch auch diesmal wieder annehmen dürfen, daß England nur in eigener Sache arbeitet, und man wird mit Interesse abwarten können, welche neuen Beweise ihrer diplomatischen Geschicklichkeit die englischen Völker auch bei dieser Gelegenheit wieder erbringen werden.

—oo0oo—

Reichstagswahlen im September.

Aus parlamentarischen Kreisen wird der „Neuen politischen Correspondenz" geschrieben, daß nach Maßgabe des Arbeitsprogramms der Nationalversammlung damit zu rechnen ist, daß die Reichstagswahlen erst im September d. Js. stattfinden werden, sofern nicht etwa unvorhergesehene Schwierigkeiten oder der Zusammenbruch der Regierungsmehrheit bei den kommenden gesetzgeberischen Aktionen plötzlich zu Neuwahlen zwingen sollten. Daß der Septembertermin ernsthaft in Betracht kommt, wird auch innerhalb der Regierungsmehrheit erklärt.

—oo0oo—

Die preußische Landesversammlung

Die preußische Landesversammlung hat ihre Vollsitzungen bekanntlich bis zum 21. Januar ausgesetzt. Die Ausschüsse werden bereits vom 13. Januar an ihre Arbeiten wieder aufnehmen. Die Unabhängigen Adolf Hoffmann und Rosenfeld haben nun, wie die „Freiheit" mitteilt, einen Antrag auf sofortige Einberufung der Vollsitzungen eingebracht, dessen weitergehende Tendenz aus seinem Wortlaut ersichtlich ist:

Die Tarifberatung zwischen der preußischen Eisenbahnverwaltung und den Vertretern der Eisenbahnerorganisationen drohen ins Stocken zu geraten und zu scheitern, weil die Eisenbahnverwaltung die Verhandlungen verschleppt und den Forderungen der Eisenbahner hartnäckigen Widerstand entgegengesetzt. In Magdeburg ist es bereits zu einem 24stündigen Eisenbahnerstreik gekommen. Bei dieser Sachlage ist es Aufgabe der preußischen Landesversammlung einzugreifen und die Regierung zu zwingen, die berechtigten Forderungen der Eisenbahner zu erfüllen. Wir beantragen daher die sofortige Zusammenberufung der verfassunggebenden preußischen Landesversammlung.

Die Eisenbahnerbewegung.

Im „Reiche des Wassers" fand gestern nachmittag eine vom Beamtenausschuß der hiesigen Eisenbahner einberufene Eisenbahner-Versammlung statt, die den großen Saal überfüllt hatte. Nach langen Verhandlungen und nach eingehenden Darlegungen mehrerer Redner wurde eine Resolution angenommen, in der die Beamten ihre Neutralität gegenüber der Streikbewegung erklären. — Inzwischen ist der Verkehr im hiesigen Bahnhof fast vollständig stillgelegt; nur auf der Arnsberger Strecke konnten gestern einige Personenzüge durchgeführt werden.

Die Lage hat sich im allgemeinen nicht wesentlich geändert. In Langendreer befinden sich die Eisenbahner im Streik, die Beamten haben sich solidarisch erklärt; in Hörde haben die Arbeiter zum Teil die Arbeit niedergelegt. Stärkere Hemmungen machen sich auf den Strecken nach Hagen bemerkbar. In Witten schlossen sich die Arbeiter dem Streik an, die Beamten setzten ihre Entschließung bis Samstag aus; auch in Elberfeld sympathisiert das Fahrpersonal mit den Streikenden; in Frankfurt scheint eine kleine Beruhigung eingetreten zu sein.

Düsseldorf, 7. Jan. Seit heute vormittag sind die Bahnhöfe in Düsseldorf geschlossen. An den Eingängen hängt eine Bekanntmachung, daß der gesamte Eisenbahnverkehr still liegt.

TU Düsseldorf, 7. Jan. Der Führer des Heimatschutzes Elberfeld erklärte, daß er nicht gegen die streikenden Arbeiter vorgehen werde, weil er deren Forderungen für berechtigt halte. Die Führer der Eisenbahnerverbände, die eine Verantwortung für den Streik ablehnen, haben erklärt, daß Notstandsarbeiten ausgeführt werden sollen. Das gewährleistet aber nicht die Aufrechterhaltung der wichtigsten Transporte, auch nicht der Lebensmittelsendungen. Das Fahrpersonal sympathisiert mit den Streikenden.

TU Köln, 7. Jan. Der Vorsitzende des Kölner Gewerkschaftskartells, der preußische Abg. Haas, sandte anläßlich des Eisenbahnerstreiks an den Verkehrsminister Oeser und an den Finanzminister Südekum folgendes Telegramm: „Eisenbahnarbeiter durch die geringe Zulage und den langsamen Gang der Tarifverhandlungen sehr beunruhigt. Zwei Tage nicht gearbeitet. Engländer eingeschritten. Bitten dringend, Verhandlungen beschleunigen, da über die Ungerechtigkeit der letzten Wirtschaftsbeihilfe große Aufregung besteht."

Am linken Rheinufer.

Köln, 7. Jan. In drei riesigen Versammlungen in Köln, Aachen und Düren, die von der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, Sitz Elberfeld, einberufen waren, wurde Stellung zu den schwebenden Gehalts- und Teuerungsfragen genommen. In einer Entschließung forderte man anstelle der Gewährung einer gleichmäßigen Teuerungszulage von 150 Prozent aus sozialen Rücksichten folgende Abstufungen: 175 Prozent Teuerungszulage für die unteren Einkommen, 150 Prozent für die mittleren und 100 Prozent für die höheren Einkommen. Außerdem wurde die sofortige Inangriffnahme der neuen Lohn- und Gehaltsreform verlangt.

Keine Schließung der Frankfurter Eisenbahnwerkstätten.

Frankfurt a. M., 7. Jan. Die vom Arbeitsminister für Dienstag in Aussicht gestellte Schließung der Frankfurter Eisenbahnwerkstätten ist nicht erfolgt. Es scheint, daß die passive Resistenz seit Montag nicht mehr in der Schärfe der ersten Tage auftritt. Von einer vollen Wiederaufnahme der Arbeit ist noch keine Rede. Es ist aber keine Verschlechterung der Lage eingetreten, eher eine Besserung. Daher lag keine Veranlassung vor, es bis zum äußersten kommen zu lassen und den Fortgang der Verhandlungen zu stören, die bei nachsichtiger Einsicht auf beiden Seiten zu einem guten Ende geführt werden können. Die Hemmungen und Störungen im Hauptbahnhof dauern immer noch an, namentlich im Ortsverkehr.

—oOo—

Unsere Brotversorgung.

WTB Berlin, 7. Jan. Die beunruhigenden Mitteilungen über den in der nächsten Zeit bevorstehenden Zusammenbruch der Brotversorgung sind unrichtig. Es trifft vor allem nicht zu, daß die Reichsgetreidestelle nur noch für 14 Tage die Versorgung wird aufrechterhalten können, sie ist vielmehr auf Grund der erfolgten Lieferungen und der ihr zurzeit angekündigten Verladungen von Getreide auf etwa ein bis eineinhalb Monate eingedeckt. Auf Grund der bisherigen Erfahrungen ist ein Steigen der Anlieferungen, das die Versorgung weiterhin sicherstellt, um so bestimmter zu erwarten, als die deutsche Getreideernte nicht ungünstig war und eine gewisse Zurückhaltung in den Anlieferungen im Dezember nur darauf zurückzuführen ist, daß man in landwirtschaftlichen Kreisen die Einführung einer Ablieferungsprämie erwartete, deren Kommen aus den mit dem Vertreter der Landwirtschaft gepflogenen Besprechungen bereits bekannt war. Hinsichtlich des gegen Ende des Versorgungsjahres zu erwartenden Defizits wird die Deckung durch eine entsprechende Einfuhr sichergestellt. Durch die kürzlich getroffene Neuregelung der deutschen Warenausfuhr steht bestimmt zu erwarten, daß die Reichsregierung ausreichende Auslandsdevisen in Händen haben wird, um den notwendigen Getreidebedarf auch für den Schluß des Versorgungsjahres sicher zu stellen.

—oOo—

Die zwei Herren der Welt

Die „Sozialistische Volksgazet" zu Antwerpen schreibt in einem Leitartikel über die Londoner Beratungen zwischen Lloyd George und Clemenceau: Diese beiden Herren hielten sich für berechtigt, das Schicksal von Europa allein zu beraten. Sie hätten in London auch über Belgien gesprochen, aber von Belgien sei niemand dabei gewesen. Weiter sei das Los Rußlands und des russischen Volkes von den beiden bestimmt worden, ohne daß man einen Russen dabei zu Rate gezogen hätte. Die Zukunft der Türkei wurde in London gelöst, aber den Türken gehe das nichts an. Diese beiden Herren beschließen und herrschen über das Los von Millionen der ganzen Welt. Im Jahre 1870 wurde ein Waffenstillstand geschlossen, der 40 Jahre dauerte. Der Waffenstillstand, den Clemenceau und Lloyd George uns besorgt haben, werde nur von kurzer Dauer sein. 1870 ließen die Preußen nur eine einzige Streitfrage ungelöst, nämlich Elsaß-Lothringen. 1919 seien in Versailles eine ganze Menge solcher Fragen geboren worden, die Brutnester für Konflikte und neue Kriege bedeuten. Kein einziges Volk sei in Europa, das den Vertrag von Versailles gutheiße. Wenn dieser längere Zeit in Kraft bleibe, dann sei der neue Krieg in absehbarer Zeit da und wir erlebten eine Wiederholung der letzten Notjahre. Der Grundstein für den kommenden Krieg sei von den beiden Herren gelegt. Die Welt müsse das Schicksal abwarten und hoffen, daß die Zukunft nicht so schwer werde.

—oOo—

Japans Kampf gegen den Bolschewismus.

In Ergänzung des Berichtes über das Zusammengehen Japans mit Amerika in Sibirien meldet der Berichterstatter der „Westminster Gazette" aus Newyork an sein Blatt, daß der japanische Gesandte Shidehara mit Lansing über die Lage in Sibirien beraten habe. Shidehara soll mitgeteilt haben, daß die Angriffe der Bolschewiki auf die Japaner zahlreich werden. Wenn die Japaner bemerkten, daß die Vereinigten Staaten in Sibirien nicht mehr tun wollen als bisher, so würden sie es als ihre Pflicht erachten, ihre Truppenmacht dort zu verstärken. Wenn die Japaner sich zurückzögen, so würde ein Massenmord und die Vernichtung der Eisenbahn die Folge sein. Die Besprechung zwischen Lansing und dem Gesandten trug sehr freundschaftlichen Charakter. Die japanische Regierung macht große Anstrengungen, um in Washington klar zu machen, daß Japans Wünsche mit denen Amerikas vollkommen harmonierten. Es wurde schließlich volle Uebereinstimmung über das gemeinschaftliche Auftreten der Vereinigten Staaten und Japan in Sibirien erzielt.

Nach einer Blättermeldung aus Tokio hat der japanische Ministerpräsident erklärt, daß, wenn die Bolschewisten die Linie des Baikalsees überschreiten sollten, die gesamte Militärmacht Japans gegen sie in Aktion treten werde, und zwar ohne Rücksicht auf die Abmachungen mit den Vereinigten Staaten, die jede Intervention Japans in Sibirien verbieten. Auf der ganzen Linie des Baikalsees sind die Japaner bereits mit den Bolschewisten handgemein geworden. Es scheint, daß die japanischen Generäle befohlen haben, die roten Truppen über den Ural zurückzutreiben.

—oOo—

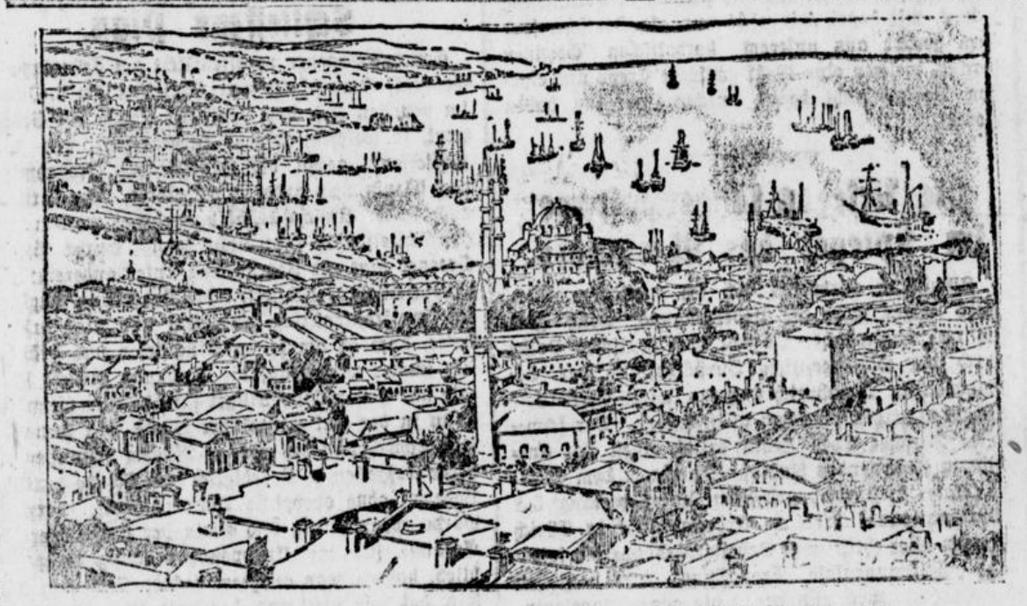
Aus Stadt und Umgebung.

** Schwerte, 8. Januar.

** **(Spar-Prämienanleihe.)** Von zuständiger Stelle wird darauf hingewiesen, daß von der Reichsschuldenverwaltung die zahlreichen bei ihr eingegangenen und täglich noch eingehenden Anträge auf Löschung von Schuldbuchforderungen und Ausreichung von Schuldverschreibungen zur Bezahlung von Spar-Prämienanleihe nur nach und nach erledigt werden können. Die Einlieferung solcher Schuldverschreibungen an die Zeichnungs- und Vermittlungsstellen hat übrigens nach den Zeichnungsbedingungen nicht gleichzeitig mit der Barzahlung zu erfolgen, sondern es ist dafür eine Frist bis spätestens 20. März ds. Js. gewährt.

** **(Ein zweiter Wettbewerb für die neuen Briefmarken.)** Für das Bild der künftigen deutschen Briefmarken hat das Reichspostministerium nicht nur einen allgemeinen Wettbewerb ausgeschrieben, sondern auch noch einen beschränkten Wettbewerb veranstaltet. Nach langen Beratungen haben die Preisrichter nicht weniger als 34 Künstler ausgewählt, die aufgefordert werden, Entwürfe einzureichen. Die Größe der Werte bis zu 2,50 M. wird der der jetzigen Marke entsprechen. Der Grund liegt daran, daß man die vielen vorhandenen Frankierungsmaschinen und Portokontrollkassen nicht unbrauchbar machen will. Sie müssen sämtlich umgebaut oder durch neue ersetzt werden, wenn ein neues Format eingeführt würde. Dasselbe gilt für die Markengeber der Reichspost selbst. Millionen sind in diesen Vorrichtungen angelegt. Bis zum Werte von 2,50 Mark sollen die Marken auch in Rollenform ausgegeben werden, damit sie in den Maschinen verwendet werden können.

** **(Unser Viehbestand hebt sich!)** Der 1. September 1919 war der Stichtag der für das deutsche Reich mit Ausnahme der abzutretenden Gebiete, der bayerischen Pfalz und Birkenfeld vorgenommenen Viehzählung. Es ergibt sich ein Bestand von Rindvieh von 16 423 832 Stück, darunter 14 748 498 Rinder über drei Monate, 1 675 334 Kälber unter drei Monate. Milchkühe haben wir 7 717 969. Wenn man diese Zahlen mit denen vom 2. Juni 1919 vergleicht, so sieht man, daß eine Vermehrung des Rinderbestandes um 2,6 Prozent erfolgt ist. Allerdings ist die Zahl der Kälber unter drei Monate um 18,6 Prozent zurückgegangen. Dies liegt aber lediglich daran, daß die Hauptkalbzeit zwischen dem 1. März und dem 31. Mai liegt. Die Zählung der Schweine ergibt einen Gesamtbestand von 11 156 858 Stück. Die Gesamtzahl der Schweine ist gegen die vorige Zählung um 29,5 Proz. gestiegen, so daß unser Schweinebestand eine Vermehrung



Ansicht von Konstantinopel, welches von Amerika „verwaltet" werden soll.

Die Töchter der Frau Konsul.

Roman von Fritz Ganzer.

80] (Nachdruck verboten.)

„Mama!" flehte sie. Immer wieder. Immer angstvoller. Ein stilles, heißes Weinen gesellte sich zu der Angst. Es schien die ganze Vergangenheit ihres Lebens mit all seiner Hoheit und Halbheit, mit dem ganzen Tand, Flitter und Talmiglanz, mit einen Verfehlungen und Irrungen hinwegzuspülen, hinabzuströmen. Und etwas Neues kam. Etwas, das bestand war. Es trieb in dieser furchtbaren Stunde seine ersten zagen Knospen. Hart neben einem gähnenden Abgrund hatte der Strauch ein neues Lebens seine Wurzeln geschlagen. Aber er hatte sie fest gesenkt und gewiß gegründet, so fest und gewiß, daß sie bleiben mußten.

Und die ersten zagen Knospen seines mutsamen Wachsens waren ein tiefes, grenzenloses Mitleid, das Gabriele für ihre Mutter empfand, und der mutige Entschluß zu schnellem Handeln.

Nach minutenlangen Bemühungen gelang es ihr, die Mutter zum Bewußtsein zurückzurufen. Das erste Wort, das sich über die blassen Lippen der Konsulin wand, war die flehende Bitten: „Fort hier! Gabriele, fort!"

Mit Hilfe der Tochter erhob sie sich, sandte einen letzten starren Blick zu dem Toten und wandte sich ab, stolz und verächtlich die Lippen aufwerfend und die Hände zu Fäusten ballend.

„Komm, Mama!" bat Gabriele leise und weich. Sie schlang ihren Arm um die Wankende und führte sie. Nichts mehr beachtend, an dem großen weißen Bogen auf dem Schreibtische nicht, der in grotesken, steifen Buchstaben die letzten Worte des englischen Königs Heinrichs VIII. mit dem Namen Georgs als Unterschrift aufwies:

„Nun, Freunde, haben wir alles verloren, das Reich, die Krone, die Seele."

Die beiden Frauen durchschritten schon die verödete Kontorstube, traten dann auf den Flur und gingen nun durch den kleinen verwilderten Vorgarten, dessen Buschwerk im bunten Laub des Herbstes prangte.

Die Sonne verschwand gerade hinter einer düsteren Wolke, als das Coupé anrollte. Ein tiefer, schwarzer Schatten lag über der ganzen Straße mit den hohen Häusern.

* * *

Gleich nach ihrer Rückkehr ließ die Konsulin Hans von Buschberg zu sich bitten und machte ihm von den Geschehnissen Mitteilung.

„Ich werde Ihnen nach allem die Hand meiner Tochter verweigern, selbst wenn Sie darauf bestehen würden, sie zu besitzen, was ich nicht glaube. Sie können nunmehr nur noch eins tun, lieber Hans," sagte sie zuletzt. „Verlassen Sie das Haus, das Ihnen eine Fülle von Enttäuschungen gebracht hat, und suchen Sie, diesen Abschnitt Ihres Lebens zu vergessen. Und wenn Sie es vermögen, verzeihen Sie uns allen."

Hans hatte nichts getan, um die Konsulin umzustimmen. Es wäre ja auch, da er wußte, wie Doris bereits vorher entschieden hatte, nutzlos gewesen, selbst wenn er etwas erreicht. Worte des Beileids, des Bedauerns stammelnd, hatte er der Konsulin die Hand geküßt und war gegangen.

Einen bewegteren Abschied brachte ihm das letzte Zusammensein mit Doris. Sie lag weinend vor ihm auf den Knien und flehte immer wieder: „Hans, verzeihe mir! Sage mir ein letztes, liebes Wort, daß du mir nicht zürnst." Da beugte er sich über sie, riß sie zu sich hoch und küßte sie lange auf ihre zuckenden Lippen und [illegible] „Leben Sie wohl, Doris! Ich will mich bescheiden und vergessen . . . Und auch verzeihen . . ."

Am frühen Nachmittag fuhr er nach dem Bahnhofe. Von niemand geleitet. Er ging wie ein Fremder und überflüssig Gewordener . . .

Zwei Stunden später trafen die Vette aus Oberschlesien ein. Mit dem nächsten Zuge kam Onkel Paul aus Königsberg. Am Abend hatte das Haus in der Kauffahrteistraße zwölf auswärtige Hochzeitsgäste unter seinem Dache. Hansens Mutter war nicht gekommen. Sie war schon gestern von Hans telegraphisch gebeten worden, ihre Reise nach Burgbeck aufzugeben.

Und die zwölf saßen, noch immer nicht fassend, wie alles hatte geschehen können, in den Zimmern herum und blätterten in den Kursbüchern. Tante Malve lief weinend und die Hände ringend von einem zum andern, bot Erfrischungen an und erzählte von den sieben Gängen, die im „Hamburger Hof" serviert worden wären, von der Hochzeitsreise, die das junge Paar gemacht haben würde, und von ihrem Geschenk, den beiden Vasen aus kostbarem Sevresporzellan . . . die sie nun wieder mitnehmen müsse. —

Um zehn Uhr abends fuhr Klaus Petersen den zuletzt wieder abreisenden Gast zum Bahnhof: Tante Agnes aus Köln. —

Niemand von allen hatte die Konsulin gesehen. Sie lag fiebernd und phantasierend zu Bett. Auch Doris hatte niemand zu Gesicht bekommen. Sie hatte sich gleich nach Hansens Abreise in ihrem Zimmer eingeschlossen. Und auch Gabriele war nicht dagewesen, da sie wieder nach dem Kontor hinausgegangen war, um nach einem letzten kurzen Verweilen neben dem Toten für seine Aufbahrung zu sorgen . . .

„Es ist bedenklich," sagte der Medizinalrat am nächsten Morgen zu Theodor Schöllelamp, der sich nach dem Befinden der Konsulin bei ihm erkundigte. „Die Aufregungen haben ein starkes Nervenfieber erzeugt . . . Ob das [illegible] zu befürchten ist? Ja, lieber Freund, soll das heute schon sagen! Jeden . . .!" Er zuckte vieldeutig mit den Schultern und ging. —

. . . Eine halbe Stunde später telegraphierte Theodor Schöllerlamp an Regine:

„Deine Mutter lebensgefährlich erkrankt."

15. Kapitel.

Die lachende Herbstsonne goß über die bunt gefärbten Kastanien auf der Terrasse vor dem Landhause „Belvedere" eine Fülle gleißenden Lichts, daß die welken Blätter aus purem Gold gefertigt schienen, und malte zitternde Flecke auf den mit feinem Kies bedeckten Boden. Unter einer der Kastanien, die dort stand, wo die Terrasse sanft zum Park abfiel und von wo aus sich dem Auge eine wundervolle Fernsicht bot, saß Regine und las, nun schon zum dritten Male, einen am Morgen erhaltenen Brief. Ihre schönen Augen leuchteten und spiegelten das ihre ganze Seele erfüllende große Glück, auf das Kommen sie kaum mehr gehofft. Nun hatte es doch den Weg zu ihr gefunden und seine Knospen hatten sich geöffnet wie eine Blume, die über Nacht ihre duftenden Kelche erschlossen. Es lag flimmernd und leuchtend vor ihr und glückte ein sonnigen Stück Welt zu ihren Füßen, das sich bis zu den fernen Bergen streckte, die in blauen Duft lagen und wie die Tore zu dem Ende der Sehnsucht waren.

Heinrich Claasen hatte auf sie geschrieben. Die ersten Seiten des Briefes erzählten von seinem Bemühen, ihren Aufenthaltsort zu erforschen, seiner Freude, ihn endlich erkundet zu haben, und beschäftigten sich mit der Aufklärung des Mißverhältnisses, das sich trennend zwischen sie geschoben. Daß Holleben, den er einen schlechten Charakter und seinen Freund nannte, habe ihn in selbstlosester Weise zur Erkenntnis seines Irrtums geführt.

(Fortsetzung folgt.)

um beinahe ein Drittel erfahren hat. Nur die Zahl der Schafe ist um 6,1 Prozent zurückgegangen, was wiederum dadurch zu erklären ist, daß die Lammzeit der Schafe in die ersten Monate des Jahres fällt und im August bereits ein größerer Teil zu Schlachtzwecken abgestoßen wird. Die Schafzählung ergibt einen Bestand von 5 823 947 Stück. Dieser Vorfall möge solchen Hausbesitzern eine Warnung sein, die sich den aus der Not der Zeit geborenen Gesetzen leider nicht anzupassen vermögen.

** **(Warenumsatzsteuer.)** Auf die im Anzeigenteil der heutigen Ausgabe veröffentlichte Bekanntmachung des Magistrats betr. Warenumsatzsteuer sei auch an dieser Stelle aufmerksam gemacht, vor allen Dingen seien die Steuerpflichtigen darauf hingewiesen, daß die durch Gesetz vorgeschriebene Erklärung unter allen Umständen bis Ende dieses Monats beim Umsatzeueramt (Rathaus) einzureichen ist.

** **(Das Kriegswirtschaftsamt)** hielt gestern vormittag unter dem Vorsitz des Herrn Bürgermeisters Rohrmann eine Sitzung ab, in der nach langer, eingehender Beratung hinsichtlich der Kartoffelversorgung wichtige Beschlüsse gefaßt wurden. Die Milchversorgung ist infolge des Eisenbahnerstreiks sehr in Frage gestellt; die Lieferung der auswärtigen Molkereien ist bereits seit zwei Tagen völlig unterbunden und die Anfuhr der hiesigen Landwirte genügt nicht einmal zur Versorgung der Säuglinge. Es soll deshalb an den Milchverkaufsstellen Milch in Dosen ausgegeben werden. Ein Antrag des Ortsausschusses der Privat-Angestellten auf Gewährung von Sitz und Stimme im Kriegswirtschaftsamt wurde abgelehnt mit der Begründung, daß diese Berufsgruppe bereits genügend vertreten sei und im übrigen auch der Umfang des Wirtschaftsamtes ein zu ausgedehnter werde.

** **(Bessere Versorgung mit Streichhölzern.)** Die Zündholzindustrie-Gesellschaft m. b. H. in Berlin hat vom Reichswirtschaftsminister den Auftrag erhalten, für die gleichmäßige und ausreichende Versorgung des Inlandes mit Zündhölzern Sorge zu tragen. Es wird ihr ein Verwaltungsrat angegliedert. Zu ihm gehören zwei Vertreter des Reichswirtschaftsministers und je einer des Reichsministers der Finanzen, der Gesellschaft für Zündholzindustrie, des Zündholz-Importhandels und der Verbraucher. — Es bleibt abzuwarten, ob der Auftrag des Ministers und die Bestellung eines Verwaltungsrats für eine bessere Versorgung der Verbraucher sich als ausreichend erweisen werden.

** **(Kriegerverein.)** In der vom 1. Vorsitzenden Herrn Althoff geleiteten außerordentlichen Generalversammlung am vorigen Sonntag wurde einstimmig die Erhöhung des Jahresbeitrages von 4,50 M. auf 6 M. beschlossen. Es ist derselbe Beitrag, den der Verein bereits in den ersten Jahren seines Bestehens erhoben hat. Drei neue Kameraden wurden aufgenommen. Nach dem von Herrn Prof. Feldhügel erstatteten Jahresbericht zählte der Verein am 1. Januar 1920 380 Mitglieder. Im vergangenen Jahre sind 11 Mitglieder gestorben (einschl. eines in französischer Gefangenschaft verstorbenen), siebenmal hat sich der Verein an der Beerdigung eines Kriegsteilnehmers beteiligt. Weiter gab er sodann einen Ueberblick über die Tätigkeit des Kriegervereins im Weltkrieg. Ueber 200 Kameraden waren einberufen, 35 sind gefallen, viele verwundet, 12 vermißt, mehr als 60 erhielten das Eiserne Kreuz 2. Kl., 3 das E. K. 1. Kl., 2 die Rote Kreuz-Medaille, 3 das Verdienstkreuz für Kriegshilfe. Von seinem Vermögen, das bei Beginn des Krieges 12 000 M. betrug, hat der Verein 3200 M. Kriegsanleihe gezeichnet, etwa 8000 M. für Unterstützung der einberufenen Kameraden und deren Familien geopfert.

** **(Als Warnung für widerspenstige Hausbesitzer)**, die sich dem Richterspruch des Mieteinigungsamtes nicht gutwillig fügen, diene folgender Vorfall: In einem Hause im benachbarten Dilligst, Kreisstraße, waren von der Wohnungskommission im Einvernehmen mit dem Amte Westhofen eine Wohnung, Stall und Keller beschlagnahmt und in mehreren Terminen am hiesigen Mieteinigungsamte auch durch Richterspruch zuerkannt. Der Aufforderung, die Wohnung zu räumen, leistete der Hausbesitzer bezw. seine Angehörigen keine Folge. Nun wurde zur zwangsweisen Räumung geschritten. Unter Aufsicht der Gendarmerie-Wachtmeister wurde die beschlagnahmte Wohnung auf Kosten des Hausbesitzers geräumt und der von der Wohnungskommission vorgesehene Mieter Carl D. konnte nunmehr mit seiner Familie die Räume beziehen.

** **(Internationale Rohstoffmesse Leipzig.)** Der Leipziger Frühjahrsmesse 1920 wird zum ersten Male eine Rohstoffmesse angeschlossen. Diese Messe erstreckt sich auf alle Gebiete der Versorgung von Industrie und Gewerbe mit Roh-, Grund- und Betriebsstoffen, sowie Halbfabrikaten und wird nach Fachgruppen gegliedert sein. Das Angebot wird auf die allgemeine Mustermesse vom 29. Februar bis 6. März und die technische Messe vom 14. bis 20. März so verteilt, wie es dem Bedarf der dort vertretenen Industrien entspricht. Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle der Handelskammer zu Dortmund; auch können Drucksachen dort in Empfang genommen werden.

** **Höchsten**, 7. Jan. **(Große Hilfsbereitschaft unserer Familien.)** Am Neujahrstage wurde in der katholischen Kirche die Bitte an die Gemeindeglieder gestellt, einige der hungernden Kinder Oesterreichs für einige Wochen aufzunehmen. Noch an demselben Tage erklärten sich 13 katholische Familien bereit, der Bitte zu entsprechen. Einige Neuanmeldungen sind schon wieder hinzugekommen und weitere sind in Aussicht gestellt.

Aus den Provinzen

* **Hagen**, 7. Jan. **(Brotmarken-Diebstahl.)** Infolge Einbruchsdiebstahl wurden hier aus einem Bezirksamt 28 000 Brotmarken, 15 000 Reisebrotmarken und einige tausend Zuckermarken entwendet. Die Einbrecher hat man nicht aufgespürt, so daß man jedenfalls zur Ungültigkeitserklärung schreiten muß.

* **Unna**, 7. Jan. **(Handgranatenanschlag.)** Heute nacht wurde gegen den „Hellweger Anzeiger und Boten" ein Handgranatenanschlag verübt. Von 2 gegen den Maschinensaal geworfenen Handgranaten explodierte eine in einem Gange. Durch den Luftdruck wurden die Fensterscheiben des Saales zertrümmert. Verletzt wurde niemand, obwohl sich sämtliche Angestellte in der Setzerei befanden.

* **Gütersloh**, 7. Jan. **(Erschossen.)** Der wegen mehrfacher Einbruchsdiebstähle steckbrieflich verfolgte Arbeiter Franz Gellermann sollte in der Nacht zum 4. ds. Mts. in seiner Wohnung verhaftet werden. Als er dem Polizeibeamten Widerstand leistete und auf diesen schoß, machte ein zweiter Beamter von seiner Schußwaffe Gebrauch und schoß G. nieder, der sofort tot war.

* **Duisburg**, 7. Jan. **(Ein Platindiebstahl)** wurde in der Nacht in dem Laboratorium der Friedrich-Alfred-Hütte in Rheinhausen verübt. Es wurden Gegenstände im Gewicht von insgesamt 1000 Gramm gestohlen, die einen Wert von 100 000 Mark haben. Von den Dieben fehlt jede Spur.

* **Oberhausen**, 7. Jan. **(Beim Diebstahl zu Tode gekommen.)** Ein als Schneider in einem hiesigen Kaufhause beschäftigter russischer Kriegsgefangener ließ sich in der Neujahrsnacht mit einem Seil durch den Luftschacht in das Innere des Kaufhauses hinab, um einen Diebstahl zu begehen. Als er mit seiner Beute den Rückzug antreten wollte, riß das Seil. Der Russe stürzte ab und blieb mit zerschmetterten Gliedern tot auf dem Boden liegen.

* **Düsseldorf**, 7. Jan. **(Raubmord.)** In einem Hause an der Niederichstraße wurde eine Arbeiterfrau ermordet aufgefunden. Der Täter hatte einen Geldbetrag von 2500 Mark geraubt.

* **Bruhl**, 7. Jan. (Ein grauenhaftes Unglück) ereignete sich vor der Station durch Selbstverschulden. Ein Student aus Bonn wollte unbefugterweise einen fahrenden Güterzug besteigen, machte dabei einen Fehltritt und fiel unter den fahrenden Zug. Dem Unglücklichen wurde der Kopf abgefahren.

Bunte Chronik.

)(**Brand in einer Lokomotivfabrik.** Ein Brand in der Lokomotivwerkstätte in Floridsdorf bei Wien hat 32 Lokomotiven stark beschädigt und einen Schaden von mindestens 40 Millionen Kronen angerichtet.

)(**Dambruch des Rheins.** Wassermassen des Niederrheins haben bei dem Dorfe Mehrum den Damm durchbrochen. Sie ergießen sich bis zur Staatsbahnlinie Oberhausen—Hamborn—Wesel, die bedroht ist. Die Dörfer Mehrum, Gotterswickershamm und teilweise auch Eppinghoven stehen unter Wasser. Ganze Ortsteile und Gehöfte mußten fluchtartig geräumt werden. Ein Teil der Ernte scheint vernichtet zu sein.

)(**Der Rhein fällt.** Der Rhein fällt sehr stark. Der Wasserstand ist in Mainz in den letzten 24 Stunden um 35 Zentimeter auf 4,25 Meter zurückgegangen. Der Strom beginnt auch im Ueberschwemmungsgebiet wieder in sein Bett zurückzutreten.

)(**Eine chinesische Universität in Frankreich.** Gegenwärtig ist ein Komitee in der Bildung begriffen, das die Errichtung einer chinesischen Universität in Frankreich bezweckt, die ungefähr 2000 chinesische Studierende aufnehmen soll. Die Chinesen sollen die Möglichkeit haben, nach den Gewohnheiten ihrer Heimat zu leben. Sitz dieser Universität wird voraussichtlich Lyon.

Brasilien und die deutsche Einwanderung.

Die „Agenzia Americana" meldet, die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen Brasiliens mit Deutschland und Oesterreich stehe unmittelbar bevor. Brasilien will die Einwanderung erwünschter Elemente, d. h. hauptsächlich von Landarbeitern, begünstigen. Die Regierung fordert die Regierungen der einzelnen Staaten der Republik auf, das für die Einwanderer verfügbare Land zu ermitteln. — Der Berliner Presse ging vor kurzem eine längere Aeußerung einer maßgebenden brasilianischen Persönlichkeit zu, wonach Brasilien deutschen Auswanderern freie Unterbringung bei der Einwanderung und Land zu äußerst günstigen Bedingungen bietet, auch sollen für die ersten Jahre den Zuwanderern Saat, Maschinen und alles zur ersten Einrichtung Nötige teils umsonst, teils mit langer Stundung zur Verfügung gestellt werden. Bei allen diesen Versprechungen ist doch wohl am besten, erst die Berichte der ersten Auswanderer abzuwarten, ehe sich ein Urteil fällen läßt.

Letzte Drahtmeldungen.

(Eigener Depeschendienst.)

Der Friedenseintritt.

bb **Genf**, 8. Jan. **Der Austausch der Friedensurkunden und die Unterzeichnung des Schlußprotokolls wird am 8. oder 10. Januar im Pariser Ministerium des Auswärtigen vorgenommen werden in demselben Saal, in dem im Jahre 1856 die Unterzeichnung des Pariser Friedens erfolgte, der dem Krimkriege ein Ende machte. Zunächst wird die Unterzeichnung des Protokolls vom 1. November vorgenommen, dann wird das Antwortschreiben des Obersten Rats überreicht, das gestern festgelegt worden ist und den Umfang des abzuliefernden Materials von 400 000 Tonnen auf insgesamt 275 000 Tonnen, von denen 195 000 Tonnen nunmehr sofort geliefert werden müssen, herabsetzt. Zum Schluß wird die Zeremonie des Austausches der Ratifikationen durch die 14 verbündeten Staaten, die den Versailler Vertrag unterschrieben und ratifiziert haben, erfolgen.**

Die Verhandlungen mit den Eisenbahnern.

Berlin, 8. Jan. **Gestern hat eine große Aussprache der Eisenbahnerverbände mit den Mitgliedern der Mehrheitsparteien der preußischen Landesversammlung und Regierungsvertretern über die Lohnfrage stattgefunden. Die Verhandlungen über den neuen Tarif sind noch nicht zum Abschluß gebracht. Morgen beginnen die Verhandlungen des Beamtenbundes mit der Regierung über die Erhöhung der Teuerungszulagen.**

Die Beamtenbesoldungsnovelle.

Berlin, 8. Jan. **Wie die „Deutsche Allgem. Zeitung" mitteilt, erwiderte der Reichsfinanzminister auf eine Anfrage der Deutschen Volkspartei wegen der deutschen Nationalversammlung u. a.: Es bestehe die Absicht, die Beamtenbesoldungsnovelle den gesetzgebenden Körperschaften tunlichst so vorzulegen, daß sie zum 1. April 1920 in Kraft gesetzt werden könne.**

Finanzielle Hilfe für Hochwasserschäden

Berlin, 8. Jan. **Die Notlage, in die viele der Bewohner der Gebiete geraten sind, in denen das Hochwasser des Rheines und einiger seiner Nebenflüsse großen Schaden angerichtet hat, veranlaßte das preußische Staatsministerium, in seiner vergestrigen Sitzung vorerst einen größeren Betrag aus dem Dispositionsfonds der Staatsregierung zur sofortigen Auszahlung an die beteiligten Provinzialbehörden anzuweisen. Entsprechend dem Verfahren, das schon bei früheren Hochwasserkatastrophen, so im Jahre 1897, zur Anwendung kam, wird der Landesversammlung sofort ein Entwurf der Staatsregierung für eine weitgehende Hilfeleistung zugehen.**

Verantwortlich für die Schriftleitung: Fried. Kraus. Druck und Verlag: Carl Braus, beide in Schwerte.

Statt Karten!

Referendar Dr. jur.
Hermann Terberger
Else Terberger
geb. Sartorius
Vermählte.
Herford, den 9. Januar 1920.

164

Schuhwaren.
Maßarbeit und Reparaturen
liefert schnell, gut und billig. 160
Auf besonders eilige Arbeit kann gewartet werden
H. Hitzegrad, Schuhmachermeister
Sennigsweg 26.

Zu kaufen gesucht
auch in Restposten
Schmiedbares Rundeisen
7, 8, 10½, 11 bis 18 mm, auch kantig oder flach, ähnlicher Querschnitt 92
Schwarzblech 1 mm in Tafeln 1–2 Mtr.
Herm. Sprenger, Metallwarenfabrik
Iserlohn 24.

Für Freundinnen deutscher Mode!
Die
Deutsche Moden-Zeitung



die beliebteste Moden-Zeitung
enthält vierteljährlich ungefähr 500 Abbildungen von Damen- und Kinder-Moden, sowie 125 Handarbeitsabbildungen.
Sie bringt nur zweckdienliche, geschmackvolle Kleidung nach dem Wahlspruch: „Vernünftig und praktisch", mit vorzüglichen Schnitten, schöne Handarbeiten, fesselnde Romane; sie lehrt sparsam wirtschaften.
Preis vierteljährlich 6 Hefte 5.60 Mk.
Ausgabe A mit Schnittbogen 5.60 Mk,
Ausgabe B ohne Schnittbogen 4.80 Mk.
Das einzelne Heft
Ausgabe A mit Schnittbogen 95 Pfg.
Ausgabe B ohne Schnittbogen 70 Pfg.
Zu beziehen durch die
Buchhandl. Carl Braus, Schwerte (Ruhr).

Helft
den frierenden und hungernden Kindern des Erzgebirges mit alten Kleidern, Wollsachen, Wäsche, Lappen aller Art für Schuhe und dergl. Reisebrotmarken und Geld.
Die Geschäftsstelle der „Schwerter Zeitung".

Moderner, neuer 154
Jünglings-Anzug
von 15 bis 16 Jahren zu verkaufen.
Hagenerstr. 17.

1 Militärmantel, 1 Paar Gummi- und 1 Paar Herrenschaftstiefel 1 Knaben-Ueberzieher, 1 große Mangel und sonst. Sachen billig zu verk. 96 Hagenerstr. 22.

Hochtragendes 151
Rind
zu verkaufen.
Wirt Königsfeld, Syburg.

Dunkel getigerte mittelgroße
Katze
entlaufen. 172
Wiederbr. erh. Belohnung.
Brückstr. 5.

Wahlordnung für die Elternbeiräte.

Die Wahl der Elternbeiräte soll nach folgenden Vorschriften erfolgen:

1. Das aktive und passive Wahlrecht steht den Eltern sämtlicher die Schule besuchenden Kinder zu, auch der Gastschul- und fremden Schulkinder, und zwar sowohl den Vätern als auch den Müttern, ferner den Adoptiveltern.

Die Mitglieder des Lehrkörpers haben, wenn ihre Kinder die Schule besuchen, dasselbe Wahlrecht wie alle anderen Eltern.

Jeder Wahlberechtigte hat nur eine Stimme, gleichviel wie viele seiner Kinder die Schule besuchen.

2. Der Wahltermin wird von der Schulaufsichtsbehörde festgesetzt und bekannt gemacht.

3. Der Schulleiter stellt die Liste der Wahlberechtigten auf und legt sie spätestens 4 Wochen vor der Wahl 2 Wochen lang zur öffentlichen Einsicht aus. Den Wählern (Eltern) ist gestattet, von der Wählerliste Abschrift zu nehmen.

Einsprüche gegen die Liste sind spätestens eine Woche vor der Wahl bei dem Schulleiter anzubringen. Dieser ist berechtigt, wenn es sich um einen Einspruch gegen das Fehlen eines Wahlberechtigten in der Liste handelt, dem Einspruch stattzugeben. Tut er dies nicht oder handelt es sich um einen Einspruch gegen die Aufnahme bestimmter Personen als Wahlberechtigte in die Liste, so entscheidet der Wahlvorstand (Ziffer 4). Dessen Entscheidung kann nur nach vollzogener Wahl im Wege des Einspruches gegen diese (Ziffer 9) angefochten werden.

4. Ferner beruft der Schulleiter spätestens 4 Wochen vor der Wahl eine Elternversammlung ein. Die Einberufung kann durch Vermittelung der Schulkinder oder durch öffentliche Aufforderung erfolgen. In der Elternversammlung hat der Schulleiter die Satzungen des Elternbeirates und die Anzahl der zu wählenden Mitglieder bekannt zu geben, auch die Wichtigkeit der Wahl hervorzuheben, auf das Ausliegen der Wählerliste (Ziffer 3) und die Zulässigkeit der Einspruchsfrist hinzuweisen, zur Einreichung von Kandidatenlisten aufzufordern und den Termin für eine zweite Elternversammlung festzusetzen. Letztere erfolgt spätestens 2 Wochen vor der Wahl. In ihr sind die gleichen Bekanntmachungen zu wiederholen und durch Zuruf oder Abstimmung ein aus mindestens 3 Personen bestehender Wahlvorstand zu wählen.

5. Die Kandidatenlisten sind spätestens 10 Tage vor der Wahl dem Wahlvorstand einzureichen. Sie müssen mindestens so viel Namen von Kandidaten enthalten, als Mitglieder des Elternbeirates zu wählen sind, und müssen mindestens 20 Unterschriften von Wahlberechtigten tragen. In ländlichen Verhältnissen genügen 10 Unterschriften. Kandidatenlisten, die diesen Vorschriften nicht entsprechen, hat der Wahlvorstand zurückzuweisen. Alle anderen sind spätestens 8 Tage vor der Wahl in geeigneter Weise zu veröffentlichen (Aushang an den öffentlich zugänglichen Orten genügt). Die Zurückweisung von Kandidatenlisten kann nur im Wege des Einspruchs gegen die Wahl (Ziffer 9) angefochten werden.

6. Die Wahlen erfolgen durch persönliche Abgabe von verdeckten Stimmzetteln in öffentlicher Wahlhandlung. Die Stimmzettel müssen eine der Kandidatenlisten genau bezeichnen, etwa durch Angabe des ersten auf der Liste stehenden Namens (z. B. Liste Neumann). Die Verbindung von Listen ist unzulässig. Stimmzettel, die nicht auf eine der öffentlich bekannt gemachten Kandidatenlisten lauten, sind ungültig, ebenso abgeänderte Stimmzettel.

7. Das Wahlergebnis ist sofort nach beendigter Wahl vom Wahlvorstand in öffentlicher Sitzung festzustellen und in geeigneter Weise zu veröffentlichen. Bei Ermittelung der auf jede Kandidatenliste nach dem Verhältnis der für sie abgegebenen Stimmen entfallenden Mandate findet § 51 der Wahlordnung für die Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung vom 30. November 1918 (R. G. Bl. S. 1353) sinngemäß Anwendung.

Die Namen der Gewählten sind dem Schulleiter mitzuteilen, der binnen 8 Tagen die erste Sitzung des Elternbeirates einberuft.

8. Ueber die Wahlhandlung und die Feststellung des Wahlergebnisses ist ein Protokoll aufzustellen, das von sämtlichen Mitgliedern des Wahlvorstandes zu unterschreiben und mit den eingegangenen Stimmzetteln und der Wahlliste der Schulaufsichtsbehörde (bei Volksschulen dem Kreisschulinspektor) zu übersenden ist.

9. Einsprüche gegen die Wahl sind nur binnen 2 Wochen nach Feststellung des Wahlergebnisses zulässig. Sie können jede vor oder bei der Wahl vorgekommen Unregelmäßigkeit betreffen, haben aber keine aufschiebende Wirkung. Ueber die Einsprüche entscheidet die Schulaufsichtsbehörde. Gibt sie dem Einspruch statt, so setzt sie zugleich einen neuen Wahltermin fest.

Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung:
gez. Haenisch.

Satzungen für Elternbeiräte an Schulen.

Unter Aufhebung aller entgegenstehenden früheren Bestimmungen wird folgendes verfügt:

1. Allgemeines.

In jeder Schule wird ein Elternbeirat gebildet. Er soll der Förderung und Vertiefung der Beziehungen zwischen Schule und Haus dienen und den Eltern wie der Schule die Arbeit miteinander und den Einfluß aufeinander gewährleisten.

2. Zusammenstellung und Wahl.

Der Elternbeirat setzt sich nur aus Vertretern der Elternschaft zusammen. Der Leiter der Schule und die Mitglieder des Lehrerkollegiums nehmen in der Regel an den Sitzungen des Elternbeirats mit beratender Stimme teil, doch kann der Elternbeirat auch ohne ihre Zuziehung tagen.

Der Elternbeirat wird in geheimer Verhältniswahlliste nach Maßgabe der beiliegenden Wahlordnung gewählt.

Auf je 50 Kinder einer Schule entfällt ein Beiratsmitglied; die Mindestzahl der Mitglieder beträgt 5.

Die Wahl erfolgt auf 2 Jahre.

Ein Elternbeiratsmitglied scheidet aus, wenn sein Kind die Schule verläßt. Es wird durch den nächsten Kandidaten seiner Liste ersetzt.

3. Erste Einberufung.

Der Schulleiter beruft 8 Tage nach erfolgter Wahl die Gewählten, die aus sich heraus den Vorsitzenden und andere Geschäftsführende bestimmen.

4. Tagungen.

Der Vorsitzende beruft den Elternbeirat nach Bedarf, mindestens aber einmal im Halbjahr. Außerordentliche Sitzungen müssen auf Antrag der Lehrerkonferenz der Schule oder eines Drittels der Beiratsmitglieder stattfinden.

Bei Behandlung von Einzelfällen können andere Persönlichkeiten, deren Teilnahme dienlich erscheint, zugezogen werden. Stimmrecht steht ihnen nicht zu.

Wichtige persönliche Angelegenheiten sind als vertraulich zu bezeichnen und zu behandeln.

In die Niederschriften der Beratungen des Elternbeirats, soweit die Beratungen nicht vertraulicher Art waren, können alle Eltern und Lehrer der Schule Einsicht nehmen.

5. Zuständigkeiten.

Die Tätigkeit des Elternbeirates ist beratender Natur. Sie erstreckt sich auf Wünsche und Anregungen des Elternkreises, die sich auf den Schulbetrieb, die Schulzucht und die körperliche, geistige und sittliche Ausbildung der Kinder beziehen, und die über den Einzelfall hinaus von allgemeiner Bedeutung sind.

Soll bei schwerwiegenden Verfehlungen gegen einen Schüler (Schülerin) die Verweisung von der Schule ausgesprochen oder ihm im Abgangszeugnis eine Sittennote gegeben werden, die ihm das Fortkommen erheblich erschweren oder ihn in den Augen der Allgemeinheit herabsetzen würde, so ist mit Zustimmung der Eltern des Schülers der Elternbeirat vorher zu hören. Alle Beschlüsse des Elternbeirates sind dem Lehrkörper der Schule mitzuteilen.

Der Elternbeirat beruft in Verbindung mit dem Lehrkörper Gesamt-Elternversammlungen ein, um wichtige Fragen durch Vorträge und Aussprache klarzustellen.

Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung:
gez. Haenisch.

Die Wahlen finden im Landkreise Hörde am Sonntag, dem 15. Februar 1920, in den Stunden von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags statt. Die Wahlräume werden von den Schulleitern noch ortsüblich bekannt gegeben.

Hörde, den 20. Dezember 1919.

Der komm. Landrat: Hansmann.

Bekanntmachung.

Nach der Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten in Arnsberg vom 23. Dezember 1919, I 22 Nr. 1643, hat die Eisenbahndirektion Elberfeld die landespolizeiliche Prüfung des Entwurfs für den **Umbau der Wegeunterführung** der Ostenstr. in Schwerte km 1,865 der Strecke Bloch Heide — Bloch Grüntal nachgesucht.

Ich mache dies mit dem Bemerken bekannt, daß die Pläne für die Anlage vom 12 Januar 1920 ab auf die Dauer von 14 Tagen im Rathause zu Schwerte (Ruhr) zu Jedermanns Einsicht offen liegen.

Einwendungen gegen den Entwurf sind innerhalb der vorbezeichneten Frist schriftlich oder mündlich zu Protokoll bei dem Herrn Bürgermeister in Schwerte anzubringen. Nach Ablauf dieser Frist können Einwendungen nicht mehr erhoben werden.

Hörde, den 8. Januar 1920. 151

Der komm. Landrat:
gez. Hansmann.

Bekanntmachung.

Auf Grund der Ziffer III, Absatz 3 der Verordnung vom 23. November 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1339) 17. Dezember 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1456) genehmige ich, daß in den mit Wasserkraft betriebenen Holzschleifereien des Regierungsbezirk Arnsberg vorübergehend bis zur Behebung der Holzstoffnot, längstens jedoch bis zum 31. März 1920, auch an den Sonntagen erwachsene Arbeiter beschäftigt werden dürfen.

Den Arbeitern sind mindestens Ruhezeiten gemäß § 105 Abs. 3 der Gewerbeordnung zu gewähren.

Die Sonntagsarbeiten sind in ein Verzeichnis einzutragen, das für jeden Sonntag die Namen der beschäftigten Arbeiter und die Dauer ihrer Beschäftigung enthalten muß. Dieses Verzeichnis ist auf Erfordern an der Betriebsstätte den Polizeibeamten und den Gewerbeaufsichtsbeamten unverzüglich vorzulegen.

Arnsberg, den 27. Dezember 1919. 132

Der Regierungs-Präsident.
J. A.: Kattentidt.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 57 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 machen wir hiermit bekannt, daß der Teil des Klusenweges, der von der Hohenzollernstraße ausgehend bis zum Eisenbahndamm der Linie Schwerte—Arnsberg führt und zwischen der Parzelle Flur 25 Nr. 34 und 149/35 etc. liegt, als öffentliche Wegefläche eingezogen werden soll.

Der diesbezügliche Plan liegt auf dem Stadtbauamt hierselbst zur Einsichtnahme offen.

Einsprüche gegen die geplante Einziehung sind zur Vermeidung des Ausschlusses innerhalb 4 Wochen, vom Tage der Bekanntmachung ab gerechnet, schriftlich oder zu Protokoll bei der unterzeichneten Wegepolizeibehörde geltend zu machen. 121

Schwerte, den 30. Dezember 1919.

Die Wegepolizeibehörde: Rohrmann.

Bekanntmachung

betreffend die Entrichtung der Umsatzsteuer für das Kalenderjahr 1919.

Auf Grund des § 51 der Ausführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetze werden die zur Entrichtung der Umsatzsteuer verpflichteten gewerbetreibenden Personen, Gesellschaften und sonstigen Personenvereinigungen in Schwerte (Ruhr) aufgefordert, die vorgeschriebenen Erklärungen über den Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Entgelte im Jahre 1919 bis spätestens Ende Januar 1920 dem unterzeichneten Umsatzsteueramt schriftlich einzureichen oder die erforderlichen Angaben an Amtsstelle mündlich zu machen.

Als steuerpflichtiger Gewerbebetrieb gilt auch der Betrieb der Land- und Forstwirtschaft, der Viehzucht, der Fischerei und des Gartenbaues sowie der Bergwerkbetrieb. Die Absicht der Gewinnerzielung ist nicht Voraussetzung für das Vorliegen eines Gewerbebetriebes im Sinne des Umsatzsteuergesetzes. Angehörige freier Berufe (Aerzte, Rechtsanwälte, Künstler usw.) sind nicht steuerpflichtig.

Die Steuer wird auch erhoben, wenn und soweit die steuerpflichtigen Personen usw. Gegenstände aus dem eigenen Betriebe zum Selbstgebrauch oder -verbrauch entnehmen. Als Entgelt gilt im letzteren Falle der Betrag, der am Orte und zur Zeit der Entnahme von Wiederverkäufern gezahlt zu werden pflegt.

Von der allgemeinen Umsatzsteuer sind diejenigen Personen usw. befreit, bei denen die Gesamtheit der Entgelte in einem Kalenderjahre nicht mehr als 3000 Mark beträgt. Sie sind daher zur Einreichung einer Erklärung nicht verpflichtet. Eine Mitteilung an das Umsatzsteueramt über die in Anspruch genommene Steuerfreiheit ist jedoch erwünscht.

Für die Lieferung von Luxusgegenständen besteht keine derartige Befreiung.

Die Nichteinreichung der Erklärung zieht eine Ordnungsstrafe bis zu 100 Mark nach sich.

Das Umsatzsteuergesetz bedroht denjenigen, der über den Betrag der Entgelte wissentlich unrichtige Angaben macht und vorsätzlich die Umsatzsteuer hinterzieht oder einen ihm nicht gebührenden Steuervorteil erschleicht, mit einer Geldstrafe bis zum 20fachen Betrage der gefährdeten oder hinterzogenen Steuer. Kann dieser Steuerbetrag nicht festgestellt werden, so tritt Geldstrafe von 100 Mark bis 100 000 Mark ein. Der Versuch ist strafbar.

Zur Einreichung der schriftlichen Erklärung sind Vordrucke zu verwenden. Sie können bei dem unterzeichneten Umsatzsteueramte kostenlos entnommen werden.

Steuerpflichtige sind zur Anmeldung der Entgelte verpflichtet, auch wenn ihnen Vordrucke zu einer Erklärung nicht zugegangen sind.

Die Abgabe der Erklärung kann im übrigen durch nötigenfalls zu wiederholende Geldstrafen erzwungen werden, unbeschadet der Befugnisse des Umsatzsteueramts, die Veranlagung auf Grund schätzungsweiser Vermittlung vorzunehmen.

Die Warenumsatzsteuerstelle befindet sich für den Stadtbezirk Schwerte im Rathause, Zimmer Nr. 16.

Schwerte (Ruhr), den 30. Dez. 1919. 24

Warenumsatzsteuerstelle der Stadt Schwerte.
Rohrmann, Bürgermeister.

Anordnung.

Auf Grund des § 9 der Bekanntmachung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel vom 23. September 1918 (R. G. Bl. S. 1148 ff) wird zufolge Ermächtigung des Herrn Regierungspräsidenten durch Erlaß des Staatskommissars für das Wohnungswesen vom 27. August 1919 St. 4 3355 für den Stadtbezirk Schwerte folgende Anordnung erlassen:

§ 1.

Vermieter von Wohnräumen können einen Mietvertrag, sowohl mit neuen Mietern, als auch mit alten, soweit mit diesem eine Preissteigerung vereinbart wird, rechtswirksam nur mit Zustimmung des Magistrats eingehen. Die Zustimmung kann nur aus Gründen versagt werden, welche in den Bestimmungen des Mietvertrages liegen, nicht aus dem Grunde, um den Zuzug zu verhindern. Die Gründe der Versagung der Zustimmung sind den Parteien mitzuteilen.

§ 2.

Im Falle der Versagung der Zustimmung ist die Beschwerde an das Mieteinigungsamt binnen einer Woche zulässig.

§ 3.

Mit Geldstrafe bis zu 1000,— Mk. wird bestraft, wer vorsätzlich der gemäß § 1 erlassenen Anordnung zuwider handelt. Die unterm 12. Juli d. Js. für den Stadtbezirk Schwerte erlassene Anordnung gemäß § 5 der Mieterschutzverordnung in der Fassung der Verordnung vom 2. Juni 1919 (R. G. Bl. Nr. 591) besteht noch zu Recht.

Schwerte, den 5. Januar 1920. 159

Der Magistrat:
Rohrmann, Bierbach.

Bekanntmachung.

In unser Handelsregister A Nr. 124 ist heute bei der Firma **Käthe Grischy, Schwerte** folgendes eingetragen: 157

Alleiniger Inhaber ist jetzt Kaufmann **Karl Hohenegger** zu Schwerte. Die Prokura des Kaufmanns Karl Hohenegger zu Schwerte ist durch Uebergang des Geschäftes auf ihn erloschen.

Schwerte, den 23. Dezember 1919.

Das Amtsgericht.

Bekanntmachung.

In unser Handelsregister Abt. A Nr. 118 ist bei der Firma **Gebrüder Hoffmann**, Kettenfabrik in Schwerte, folgendes eingetragen:

Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Gesellschafter, Kettenschmied Albert Hoffmann in Schwerte ist alleiniger Inhaber der Firma.

Schwerte, den 3. Januar 1920. 172

Das Amtsgericht.

Arzneitaxe.

Der am 8. Dezember d. Js. in Kraft getretene fünfte Nachtrag zur Deutschen Arzneitaxe ist in der Weidmann'schen Buchhandlung, Berlin S.W., Zimmerstraße 44, erschienen.

Arnsberg, 16. 12. 1919. 158

Der Regierungspräsident.



Ich komme wieder!
???????

Felle und Häute.

Kaninchenfelle	**Mk. 6.75**
Hasenfelle	„ 11.75
Ziegenfelle	„ 127.—

Auf Lumpen, Eisen, Metall u. s. w. zahle ich höchste Preise.

Michael Gorabka, Nordstraße 8.
23

Bürodame!

Wir suchen für sofort eine wirklich tüchtige Kraft, welche mit allen Büroarbeiten vertraut ist und perfekt stenographiert. Es wollen sich nur gewissenhafte und umsichtige Damen melden unter Angabe von Zeugnisabschriften.

Offerte unter A 150 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Zum sofort. Eintritt suche

tücht. Fräulein

für Buchführung u. Versand.

Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen u. A. 155 an d. Geschst.

Suche per sofort ein tüchtiges 135

Mädchen.

Frau Otto Wilkes.

Tüchtiges 90

Hausmädchen

für die Landwirtschaft für sofort oder später gesucht

Zu erfr. in d. Geschäftsst.

Morgenmädchen

gegen Lohn u. Mittagessen gesucht. 141

Wo, sagt die Geschst.

Jüngeres, sauberes und zuverlässiges

Mädchen

zur Aushülfe bei leichter Hausarbeit für einige Stunden am Tage gesucht.

170 **Märkischestr. 3.**

Ordentliches 165

Mädchen

für ganze oder halbe Tage sofort gesucht.

Kuhstraße 24.

Ein dunkelbaues **Mantelkleid** für Mädchen von 14 bis 16 Jahren, sowie ein **Knaben-Ueberzieher** für 12 bis 14 Jahre, unterhalten, billig zu verkaufen.

Zu erfr. in der Geschst. d. Ztg. 153

J. Krimmelbein

Markt 2 Tel. 431.

Steuerberatungsstelle

Erklärungen, Reklamationen, Eingaben, Gesuche etc. 163

Mehrere tüchtige 149

Ketten-schmiede

welche in den Stärken von 16—26 mm arbeiten, für dauernde Beschäftigung ges.

Gebr. Heimann
Ergste i. W.

Tüchtiger

Pianist(in)

für 4 Tage gesucht.

Zu melden Freitag nachm. im 168

Bellachini-Theater.

Freischütz.

Am **Sonntag, d. 11. Jan.** von nachm. 4 Uhr ab:

Tanz

171 Eintritt 1.50 Mk.

Freundlich

möbl. Zimmer

zu vermieten. 156

Zu erfr. in der Geschst.

Klavier-

u. Harmonium-Stimmer und -Reparateur

Osterhold

früher langjähriger Konzertmeister, hält sich bestens empfohlen. 162

Piano-Handlung Iserlohn.

Meldungen Hotel Sternberg erbeten. Fernruf 46

Geld auch gröss. Beträge verleihen schnell und kulant H. Blume & Co., Hamburg 24. 9086